

General-Anzeiger

Elberfeld
Hauptgeschäftsstelle u. Redaktion Walter-Rathenaustr. 50
Bernsprecher Nr. 4600, 4601, 4602, 4603 und 678.

für Elberfeld-Barmen
(Allgemeine Zeitung für Berg und Markt.)

Barmen
Hauptgeschäftsstelle und Redaktion Kernerweg 57
Bernsprecher für Geschäftsstelle u. Redaktion Nr. 714 u. 4997.

Der Anfang des neuen Aktes.

Die französischen und belgischen Botschafter bei Curzon.

GA. London, 4. Juli. (Eig. Draht.) Gestern in später Abendstunde gab das englische Außenministerium bekannt, daß über den Inhalt einer Unterredung zwischen Curzon und dem französischen und dem belgischen Botschafter sowie über den Eindruck, den ihre Ausführungen auf den englischen Außenminister gemacht haben, vorläufig keine Mitteilungen gemacht werden können. Die Ausführungen der beiden Diplomaten, die keinerlei schriftliche Ausfertigung ihrer Darlegungen überreicht haben, werden heute von Lord Curzon zur Kenntnis des Kabinetts gebracht werden.

Den Eindruck, den man gestern Abend in später Abendstunden in politischen Kreisen erhielt, läßt sich dahin zusammenfassen:

Wenn die von englischer Seite noch als unvollständig betrachteten Antworten auch letztendlich befriedigt haben, so sind sie doch auf alle Fälle so gehalten, daß sie die Fortsetzung der Aussprache nicht ausschließen dürften. Die Lage ist zwar nach wie vor als kritisch anzusehen, weil die englische Regierung mit großer Beforgnis die Entwicklung in Deutschland verfolgt. Man hält es in diesen politischen Kreisen für äußerst wahrscheinlich, daß das Kabinett Curzon beauftragen wird, in einem zwar etwas beschleunigten Tempo die Aussprache fortzusetzen.

Da die englischen amtlichen Stellen jede Auskunft über den Verlauf und Inhalt der Unterredungen verweigert haben, sind die Morgenblätter, die ausnahmslos auf jeden politischen Kommentar verzichten, darauf angewiesen, sich aus einigen, reichlich ungenauen Andeutungen von belgischen französischen und belgischer Seite einen Bericht zusammenzustellen. Man wird gut daran tun, in Deutschland allen diesen Darstellungen mit größtem Mißtrauen zu begegnen und keinerlei politische Schlussfolgerungen aus ihrem Inhalt abzuleiten, da sie vielfach von der politischen und persönlichen Einstellung ihrer Verfasser stärker beeinflusst sind, als von nicht vorhandenen tatsächlichen Anhaltspunkten.

WTB. London, 3. Juli. (Draht.) Das neuterische Bureau erzählt, daß der belgische Botschafter heute Abend eine einstündige Unterredung mit Lord Curzon im Außenministerium gehabt hat. Der Botschafter überreichte keine Note, erläuterte aber die belgische Auffassung über die Ruhrfrage. Wie verlautet, haben sich bei der Unterredung neue Gesichtspunkte nicht ergeben. Lord Curzon legte in seiner Antwort noch einmal den britischen Standpunkt auseinander.

Eine von der Besprechung ausgehende Reuter-Note besagt, man habe es für möglich gehalten, daß die französische Regierung warten werde, bis die belgische Regierung ihre Antwort auf den britischen Fragebogen nach London gesandt habe, damit die beiden Antworten gleichzeitig übermittelt werden könnten. Von französischer Seite sei dem neuterischen Bureau mitgeteilt worden, der Zweck des Besuchs des französischen Botschafters beim Staatssekretär des Außenministeriums sei nicht gewesen, einen bestimmten Plan in mündlicher oder schriftlicher Form zu übermitteln, sondern lediglich die Besprechungen fortzusetzen, die bereits gewesen seien. Die in diesen Besprechungen gegebenen Erklärungen der Auffassung Frankreichs würden dabei erweitert und wiederholt werden.

Die Politik Belgiens.

Brüssel, 3. Juli. (Draht.) In der heutigen Kammerbesprechung verlas Theunis die Regierungserklärung deren hauptsächlichste Teile folgendermaßen lauten:

„Die Regierung, die, wie sie vorher war, zusammengefasst ist, legt Ihnen das gleiche Programm vor, das in den beiden Punkten, in denen sie Ihnen bei der letzten Kabinettsbildung keine Vorschläge unterbreitet hatte, ergänzt worden ist. Diese beiden Fragen interessieren das ganze Land. Die belgischen die öffentliche Meinung leidenschaftlich, und es ist unbedingt notwendig, daß sie unverzüglich gelöst werden. Es ist notwendig, die Bestimmungen, die sie geschaffen haben, zu beenden und Ruhe in die Geister zu bringen.“

Theunis wandte sich alsdann der Frage der auswärtigen Politik zu. „Nach außen“, erklärte er, „erhalten wir unsere wertvollen Freundschaften und die Spannung aller Mittel, die notwendig sind, um die Zahlung der Reparationen, die man uns schuldet, zu erhalten, aufrecht. Diese Politik, die noch ganz kurzlich von dem Parlament bei Gelegenheit der Abstimmung über das auswärtige Budget gutgeheißen wurde, ist von der Ausführung des Verfallens der Verträge befreit. Wir beschäftigen uns, wie in der Vergangenheit, in diesem Punkt den Beweis ebenfall-

großer Mühsal als auch Festigkeit abzugeben, sobald es sich um die Verteidigung der Rechte und Interessen Belgiens handelt.“

Sichtlich der Reparationen, die wir absolut notwendig haben, die uns versprochen wurden, die man uns schuldet und deren Rechtmäßigkeit von den Alliierten wie von den Deutschen selbst anerkannt worden ist, wird die Regierung, die durch die Hartnäckigkeit ihres Schuldners gezwungen wurde, zu Zwangsmaßnahmen zu greifen, um ihn zur Ausführung seiner Verpflichtungen zu zwingen, ihre Politik aufrecht erhalten, bis unser Land Genugtuung erhalten hat. Sie wird mit Ausdauer die Anstrengungen fortsetzen, die sie unternommen hat, um zwischen den Alliierten ein Einverständnis zu erzielen, welches die endgültige Lösung dieser für das Land lebenswichtigen Frage beschleunigen kann.“

Über das Unglück bei Duisburg sagte Theunis noch: „Mit ebensoviel Mühsal wie Festigkeit wird die Regierung die größte Energie einsetzen, um das feige und verabscheuungswürdige Verbrechen zu ahnden, dessen Opfer eine Anzahl unserer Soldaten geworden ist. (Der belgische Ministerpräsident nimmt hier das Ergebnis einer Untersuchung vorweg, die selbst nach den französisch-belgischen Meldungen bisher keinerlei Beweis deutscher Täterschaft erbracht hat.)“

Englisches Urteil

über Frankreichs Politik.

WTB. London, 3. Juli. (Draht.) Der Präsident der Handelskammer von Manchester, Clare Lees, sagte in einer Ansprache an die Mitglieder der Handelskammer, der Weg, auf dem Frankreich sich befindet, führe zur Zerstörung nicht nur Deutschlands, sondern auch Frankreichs, Großbritanniens und Europas. Das letzte deutsche Angebot habe eine neue Lage geschaffen. Deutschland erkläre sich bereit, nach seiner Leistungsfähigkeit zu zahlen und biete alles, was es habe, als Bürgschaft an. Es sei nicht einzusehen, warum Frankreich zögern sollte, ein Abkommen auf dieser Grundlage anzunehmen. Frankreich müsse begreifen, daß man nicht zu gleicher Zeit eine Politik der Zerstörung und des Wiederbaues verfolgen könne.

Mussolini zur Ruhrfrage.

WTB. Rom, 3. Juli. (Draht.) Ministerpräsident Mussolini erklärte im heutigen Ministerrat die jüngsten Geschehnisse auf dem Gebiet der auswärtigen Politik. Er ging aus von der Umwälzung in Bulgarien, wodurch in einigen Staaten des Kleinen Verbandes Erregung hervorgerufen worden sei. Italien habe sofort vermittelnd eingegriffen, und die befürchteten Verwicklungen seien vermieden worden. In Lausanne habe allem Anschein nach die Unterzeichnung des Friedensvertrages bevor. Die Lage an der Ruhr habe sich in den letzten Tagen verschlechtert. Einerseits dauere der passive Widerstand fort, andererseits sei die Besetzung ausgedehnt und verschärft worden durch Maßnahmen, die immer mehr politischen und militärischen Charakter annähmen. Die allgemeinen Schwierigkeiten dieser Krise, die einen akuten Zustand erreicht zu haben schienen, kämen in den Wechselkursen der europäischen Währungen zum Ausdruck, die — einschließlich des englischen Pfundes — sich im Vergleich zum Dollar ungleichmäßig entwickelten. Das sehr edelmütige Eingreifen des Papstes im Interesse Europas und der Menschheit habe die Lage nicht verändert. Unmittelbar darauf sei die vom französischen Senat einstimmig gebilligte Rede Poincarés erfolgt, und es habe sich ein Sabotageakt ereignet, der zahlreichen belgischen Soldaten das Leben gekostet habe. Sonach sei keine Entspannung, sondern eine Verschlechterung der Lage eingetreten. Nach Lösung der belgischen Krise könne die diplomatische Aktion wieder aufgenommen werden. Italien beteilige sich an ihr unmittelbar und werde sich auch künftig nicht fernhalten, sofern das Problem auf den Weg einer vollständigen Lösung im Sinne der Vorschläge des Londoner Memorandums gebracht würde, zu dem auch die späteren Entwürfe nicht im Gegensatz stünden, nämlich die Verbrüderung der Entschädigungsfrage mit der Frage der Verbandschulden, ein ausreichender Zahlungsausschub für Deutschland, Festlegung eines endgültigen Zahlungsbetrages durch einen Plan, der vernünftige Zahlungen und ernste wirtschaftliche Bürgschaften enthielte und den Verzicht Frankreichs auf die Besetzung der Ruhr in Aussicht nähme. Was den passiven Widerstand anlangte, so glaube Italien, daß das Deutsche Reich kein Interesse daran habe, ihn zu verlängern, da es nicht daran denken könne, Frankreich zu überwinden, noch auch die Invasion begehren könne, auswärtige Hilfe zu erlangen. Man müsse die Serbifizierung von Möglichkeiten für eine Verständigung beschleunigen, da

die Ruhrfrage auf der europäischen Wirtschaft schwer lasten und den Wiederaufbau verzögere. Der Ministerrat sprach seine Zustimmung zu den Ausführungen Mussolinis aus.

Das Duisburger Unglück und der Vatikan.

Botschafter von Bergen bei Gasparri.

GA. Rom, 3. Juli. (Eig. Draht.) Wie unser Botschafter in Rom, heute dem Kardinalstaatssekretär Gasparri wegen des Telegramms an den Kardinal Baccelli in München einen Besuch abgestattet, der deutsche Botschafter hat die Kurie darauf aufmerksam gemacht, daß die deutsche Regierung vom ersten Tage des passiven Widerstandes an jeden Gewaltakt verurteilt hat, und daß gerade das Unglück auf der Rheinbrücke bei Duisburg sich vollkommen der deutschen Ueberwachung entzogen hat, weil die deutschen Eisenbahnbeamten reflexlos dort ausgewiesen sind. Die deutsche Regierung bedürfe also keiner besonderen Aufforderung, um die Sabotageakte zu verurteilen. Aus einer offiziellen Mitteilung geht hervor, daß der Kardinalstaatssekretär dem deutschen Botschafter folgenden Entwurf hat: Der Papst habe ebenso wenig die Absicht gehabt, den passiven Widerstand zu verurteilen, wie mit dem Brief an Gasparri die Befragung des Ruhrgebietes zu verurteilen. Mit beiden Dokumenten habe der Papst vielmehr die Botschafter ermuntern wollen, einen Weg der Verständigung zu suchen. Das Telegramm bezog sich ausschließlich auf solche Handlungen, die bereits vorher von der deutschen Regierung als Verbrechen verurteilt worden waren.

WTB. Berlin, 3. Juli. (Draht.) Nach dem nunmehr vorliegenden Urteil des Papstbriefes vom 27. Juni lautet die Stelle über die Garantien in wörtlicher Uebersetzung wie folgt:

„In gleicher Weise, wie es gerecht ist, daß die Gläubiger Garantien erhalten, entsprechend der Wichtigkeit ihrer Guthaben, die deren Einziehung sichern, von der auch für sie Lebensinteressen abhängen, überlassen wir es ihnen, zu erörtern, ob es notwendig ist, zu diesem Zweck in diesem Falle Gebietsbesetzungen aufrecht zu erhalten, die den besetzten Nationen und den besetzten Gebieten schwere Opfer auferlegen, oder ob es nicht vielmehr angezeigt wäre, an deren Stelle, wäre es auch nur schrittweise, andere, nicht minder geeignete, aber gewiß weniger gefährliche Garantien zu legen.“

Das ist mit der für die päpstliche Diplomatie notwendigen Zurückhaltung doch eine Verurteilung der Besetzung des Ruhrgebietes, als welche man den Papstbrief aufgefaßt hatte.

Englisches Nachgeben in der Saarfrage.

WTB. Genf, 3. Juli. (Draht.) Lord Robert Cecil begründete heute in öffentlicher Sitzung des Völkerbundes die englischen Anträge zur Saarfrage. Er hielt an dem Stand der Verfallens der Verantwortung des Völkerbundes für die Verwaltung des Saargebietes für gegeben und tabelle die Verantwortungen der Regierungskommission, die ohne vorhergehende oder spätere Befragung der Bevölkerung erlassen worden seien. Er verteilte auf die Ernennung einer Untersuchungskommission, sowohl in Genf als auch im Saargebiet, forderte aber, daß der Rat alle Mitglieder der Regierungskommission und nicht nur den Präsidenten nach Genf berufe, um sie zu vernahmen und sich dadurch über die Vorgänge im Saargebiet und die Regierungsmethoden zu unterrichten. Der Vertreter Frankreichs, Gandoz, verteidigte lebhaft die Kommission und die Vorverordnungen, erklärte sich aber, nachdem auf eine besondere Untersuchungskommission verzichtet wurde, damit einverstanden, daß der Rat sich selbst mit der Saarfrage befasse, wie er es übrigens stets getan habe. Auf Salandras Antrag soll in geheimer Sitzung eine Formel zwischen Honnau und Lord Robert Cecil ausgearbeitet werden. Ein Vorschlag von Gandoz, nicht nur die Mitglieder der Regierungskommission, sondern auch Vertreter der Saarbevölkerung vor dem Völkerbundsrat zu vernehmen, soll auf Lord Robert Cecil Wunsch bis nach Prüfungnahme mit der Regierungskommission zurückgestellt werden.

WTB. Genf, 3. Juli. (Draht.) Die heutige Debatte des Völkerbundes über die Tätigkeit der Regierungskommission im Saargebiet, die sich mit der Annahme folgender Entschlüsse: Für Beratung des englischen Vorschlages, die neuere Vorgänge im Saargebiet einer Prüfung zu unterziehen, beschließt der Völkerbundrat, um jedem Mißverständnis in den Debatten über die Tätigkeit der Regierungskommission ein Ende zu machen, diese Prüfung selbst im Hause der gegenwärtigen Sitzung vorzunehmen und beauftragt das Sekretariat, unverzüglich die Mitglieder der Regierungskommission aufzufordern, sich nach Genf zu begeben und sämtliche erforderlichen Dokumente mitzubringen.

Englands Achillesferse.

Vom Prof. Dr. Hermann Levy, Berlin.

In England ist wieder einmal die Frage der Lebensmittelversorgung akut geworden. Das zunächst rein agrarische Problem ist heute ein solches von bedeutsamem weltwirtschaftlichen Hintergrund, und die letzten Vorgänge der inneren Politik Englands zeigen, daß seine Auswirkungen auch maßgebend für die Stellungnahme der Parteien zu der Regierung geworden sind.

Das Problem an sich ist eigentlich keineswegs für England neu. Es ist eine Wiederholung der Agrarprobleme Englands in der Zeit Napoleons des Ersten. Dieser hatte die Kontinentalblockade über England verhängt und das damals schon importbedürftige Inselreich von der Getreidezufuhr abgeschnitten. Die Folge war ein außerordentliches Steigen der Preisen und der Rentabilität der Landwirtschaft bis zu dem Zeitpunkt, als im Jahre 1813 mit Napoleon auch die Kontinentalblockade für England nicht mehr bestand. Da kam der Rückschlag für die englischen Landwirte in der Form einer Agrarkrise, der man zunächst durch Schutzmaßnahmen begegnen wollte, um durch sie die Kriegspreise weiterzuhalten. Der Weltkrieg hat dem englischen Getreidebau, der sich freilich seit jenen Tagen sehr verbessert hatte und nur jetzt ein Fünftel des heimischen englischen Bedarfes zu decken vermag, das Problem wie damals gebracht. Durch den Produktionsmangel der rumänischen Getreidekulturen, das damit zusammenhängende enorme Steigen der englischen Weizenpreise, war während des Weltkrieges dem englischen Landwirt Gelegenheit zu einer beträchtlichen Ausdehnung des Anbaues gegeben. Es kamen die künstlichen Düngemittel hinzu, die das im Jahre 1917 von Lord George als Abwehrmittel gegen den U-Bootkrieg aufgestellte Agrarprogramm den englischen Landwirten gewährte. Dazu gehörte vor allem die staatliche Garantie eines hohen Weizenpreises für einige Zeit nach dem Kriege. Die Folge dieser Umstände war, daß der Weizenbau erweitert wurde, daß man die Wachstumsperiode und daß der Boden zu erhöhten Preisen den Weizen wuschte.

Diese Zeiten sind endgültig vorüber. Der Weltmarktpreis ist erheblich gesunken, die Preisgarantie der Regierung hat aufgehört (wofür man die englischen Landwirte von beträchtlichen Subventionen befreite), und die Überschüsse aus dem Anbau können sich nicht mehr mit denen des Krieges vergleichen. Tatsächlich soll nach neuesten Berechnungen der englische Landbau beim Weizenbau zwei, beim Hafer- und Gerstenbau drei bis vier, beim Kartoffelbau 10 bis 15 Pfund Sterling pro Ader (d. h. auf einen halben Hektar) gewinnen. Die hohen Weizenpreise sind nicht mehr aufrechtzuerhalten, die Bodenpreise scheinen überzogen, und die Agrarkrise ist genau so da wie nach Napoleons Fall im Jahre 1813. Kurz das man heute, nachdem das englische Volk sich dreihundert Jahre lang an den Preisbündel gewöhnt hat, gar nicht daran denken kann, hohe Schutzsätze zur Hebung des heimischen Preises einzuführen.

Es hat sich bereits im Jahre 1921 die Getreideanbaulage wieder erheblich verringert, sie dürfte im Jahre 1922 wohl kaum über die des Jahres 1913 hinausgegangen sein. Die enorme Gefahr Unabhängigkeit Englands von fremder Einfuhr ist damit zurückgefallen. Hier steht nun die Kammer der konservativen Partei ein, die mit größter Sorge diese Agrarkrise wahrnehmen sieht. Siehe sie doch im November 1922 allein 150 Abgeordnete aus den ländlichen Distrikten. Man läßt in konservativen Blättern, wie der „Daily Mail“, die eine Erzeugerprämie für inländischen Weizen vorschlägt, unterhöhlen durchzuführen, daß sich auch hier Lord Law bei seiner Partei durch sein Jawort und Jögern recht unheimlich gemacht habe. Wer was soll geschehen?

Ein Prämie auf heimischen Weizen würde von den englischen Konsumenten recht unliebsam empfunden werden, denn der Steuerzahler wäre ja der Beitragsende. Eine solche Prämie käme auf das gleiche hinaus wie eine Vertreibung des Preises. Liberale und Sozialisten würden das mit größtem Ernste bekämpfen. Schließlich aber nichts für den Getreidebau, so sehr sich England im Kriegszustand wieder vor einer Wiederholung der Zustände von 1914 bis 1918. Schon erinnert die „Daily Mail“ vom 29. März daran, daß England im Jahre 1917, beim Einsetzen des unbeschränkten U-Bootkrieges, „nur für drei Wochen Brot gehabt habe“, obwohl damals nicht mehr als 30 bis 40 deutsche U-Boote tätig gewesen seien. Soll man sich wieder solchen Gefahren aussetzen? England weiß selbst zu genau, daß alle Weizen über die Kriegsführung zur See wohl im Frieden leicht zu beschaffen sind, daß sie aber im Krieg Frieden lauten, von maritimen Mächtern als „scrap oil“ angekauft zu werden. Soll man die Sicherheit der Lebensmittelversorgung auf einem Papierlegen aufbauen?

So oder so wird diese Frage den Engländern viel Sorge bereiten. Entweder heißt es, durch enorme Flottenausgaben und den gewaltigen Bau und die Vorbereitung aller Unterseeboot-Abwehrmittel die Sicherheit der Versorgung im Kriegsfalle einigermaßen zu gewährleisten, dann wird sich noch manche erhebliche Last für die englischen Finanzen ergeben, der gegenüber der jetzt so viel erörterte Budget-Überhöhung eine Bagele sein wird. Oder aber, man baut mehr Getreide im Lande — als Kriegsernte —, dann geht es nur mit Maßnahmen, die als rein agrarisch empfunden werden und ebenfalls Umständen verhängen müssen. Es ist aber eine Ironie der Weltgeschichte, daß die englischen Kon-

Sander, Alb., Steinbäder.
 6. Einmaliger Versuch überzeugt.
 11. Hier erhalten Vorzugspreise.*
